

PROTOKOLL DES STADTRATES OPFIKON

SITZUNG VOM 7. September 1999
BESCHLUSS NR. 196

Unterstützung politischer Gruppierungen
Kleine Anfrage Valentin Perego, Beantwortung

V 4.7

Gestützt auf Art. 51 der Geschäftsordnung des Gemeinderates reichte Valentin Perego, Mitglied des Gemeinderates, am 8. Juli 1999 folgende Kleine Anfrage ein:

„Am 19.6.99 fand in Kloten eine Kundgebung statt, welche die Entwicklung des Flughafens und in diesem Zusammenhang des Fluglärms zum Gegenstand hatte. Die Kundgebung war klar durch eine gegen die aktuelle Flughafenpolitik gerichtete Haltung geprägt - immerhin eine in demokratischen Prozessen erarbeitete Politik, wenn auch wie jede Politik nicht über alle Zweifel erhaben. In den Ausgaben des Stadtanzeigers vom 10.6.99 und 17.6.99 erschien unter der durch die Stadt Opfikon finanzierten und auch redigierten und gestalteten Rubrik der amtlichen und behördlichen Mitteilungen unter dem Titel 'Info Gesundheitsabteilung' je ein Inserat im Gesamtwert von über 800 Franken als Einladung zu dieser Kundgebung. Ich stelle dem Stadtrat in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Ist der Stadtrat der Ansicht, dass es rechtens ist, wenn er einzelne, politische Gruppierungen aktiv unterstützt?
2. Wurde das Inserat den Veranstaltern zum vollen Preis in Rechnung gestellt?
- 2a. Falls nein: Trifft es zu, dass der Stadtrat folglich mit Steuergeldern diese politische Kundgebung unterstützt hat?
3. Erfolgte die allfällige finanzielle (und jedenfalls die ideelle) Unterstützung aufgrund eines Beschlusses des Stadtrates?
- 3a. Falls nein: Wer ist dafür verantwortlich, und welche Konsequenzen ergeben sich für die verantwortlichen Behörde-/Verwaltungsangehörigen?
4. Ist der Stadtrat bereit, derartige, zweckentfremdete Vergabungen von Steuergeldern an politische Gruppierungen in Zukunft rigoros zu unterbinden, beispielsweise mittels Androhung von scharfen Sanktionen in Arbeitsverträgen?
5. Ist der Stadtrat bereit, wenigstens die Inseratekosten entweder bei den Veranstaltern oder bei den internen Verantwortlichen geltend zu machen?“

Gemäss Art. 40 der Geschäftsordnung des Gemeinderates hat der Ratspräsident die Ratsmitglieder und den Stadtrat über den Eingang der Kleinen Anfrage mit Schreiben vom 8. Juli 1999 in Kenntnis gesetzt. Die Bekanntgabe im Rat wird an der Sitzung vom 27. September 1999 erfolgen. Gemäss Art. 52 der Geschäftsordnung des Gemeinderates hat der Stadtrat die Kleine Anfrage innert zwei Monaten ab Bekanntgabe zu beantworten.

PROTOKOLL DES STADTRATES OPFIKON

SITZUNG VOM 7. September 1999

Stellungnahme des Stadtrates

Auch wenn die Verselbständigung des Flughafens objektiv gesehen nicht ganz direkt einen Zusammenhang mit der Zunahme des Fluglärms ausweist, bestehen Befürchtungen in dieser Richtung. Niemand, der sich mit Flughafenfragen beschäftigt, wird dies von der Hand weisen.

Die lose Gruppierung Dädalus ist nicht als politische Gruppierung zu betrachten. Von Stadtrat und Verwaltung massvoll unterstützt wird jedoch die engagierte Bevölkerung. Es ist bekannt, dass sich viele Einwohner und Einwohnerinnen unserer Stadt durch den zunehmenden Fluglärm in immer stärkerem Masse gestört fühlen. Viele ziehen die Konsequenzen und verlassen Opfikon. Andere wollen in der Gemeinde wohnen bleiben und setzen sich deshalb gegen die laufende Verminderung ihrer Lebensqualität mit friedlichen Mitteln zur Wehr:

- Es werden Petitionen unterschrieben (Petition Stadtanzeiger vom 1. Dezember 97, Petition Pro Flughafen - gegen den Lärm vom 10. bzw. 29. September 1997, Unterschriftensammlungen vom Juni 1996 und 29. Mai 1999).
- Kundgebungen werden durchgeführt (19. Juni 1999 beim Flughafen, beim Rathaus 3. Mai 1999 und 9. Februar 1998, 22. Oktober 1997 in Wallisellen, 29. September 1997 im Gemeinderat Opfikon, Ballonaktion am 18. Oktober 1997, 21. September 1996 in Opfikon).

Auch parlamentarische Vorstösse sind eine Folge des zunehmenden Fluglärms (Postulat W. Dietrich: gegen übermässigen Fluglärm, 15. April 1998; GPK-Postulat Lärmschutz für alle Einwohner, 7. Januar 1998; Kleine Anfrage Hans Zolliker: Privatisierung des Flughafens, 17. Mai 1998; Kleine Anfrage Daniel Trachsler: Lärmbelastung in Opfikon-Glattbrugg, 18. November 1996; Interpellation K. Schwaighofer: Bestehende und zu erwartende Lärmbelastung, 1. Juli 1996).

Stadtrat und Verwaltung müssen sich mit diesen Geschehnissen auseinandersetzen, die Vorstösse bearbeiten, mit Kantons- und Bundesämtern sowie anderen Gremien verhandeln und zusammenarbeiten, Klagen erboster und besorgter Einwohner und Einwohnerinnen entgegennehmen usw. Es ist wichtig, alle entsprechenden Anliegen ernst zu nehmen. Die von Valentin Perego genannten Fr. 800.-- für die Publikation des Inserates liegen im Kompetenzbereich eines Stadtrates/einer Stadträtin. Die Kosten der Publikation des Inserates können, gemessen am Aufwand für das Bearbeiten der verschiedenen Vorstösse und Anfragen, vernachlässigt werden.

PROTOKOLL DES STADTRATES OPFIKON

SITZUNG VOM 7. September 1999

In seinem Leitbild stellt der Stadtrat den Menschen in den Mittelpunkt: Alle sollen sich wohl fühlen. Es wird aufgerufen zum aktiven Mitgestalten, und es soll Wohnraum für alle in einer guten Durchmischung gefördert werden. Qualitatives wird über quantitatives Wachstum gestellt und Verkehrsimmissionen sollen reduziert werden. Die engagierte Bevölkerung, die nicht in etablierten politischen Gruppierungen organisiert ist, hat folglich ein Recht auf gewisse Hilfestellungen von Stadtrat und Verwaltung.

Auf Antrag des Stadtpräsidenten und der Gesundheitsvorsteherin

BESCHLIESST DER STADTRAT:

1. Die Kleine Anfrage von Valentin Perego wird wie folgt beantwortet:

Frage 1

Der Stadtrat betrachtet es als rechters, aktiven Opfiker Einwohnern und Einwohnerinnen eine Hilfestellung in ihren Anliegen zu bieten. Die lose Vereinigung Dädalus ist nicht als politische Gruppierung zu betrachten.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die Petition des Stadtanzeigers im Jahr 1997 mit rund 2'700 Unterschriften, und das Postulat der GPK vom 7. Januar 1998 den Stadtrat auffordert, die Bevölkerung vor Lärm zu schützen. Die Publikation der Kundgebung durch Aufnahme eines Inserates auf der Gemeindeseite des Stadtanzeigers bietet die Möglichkeit, der engagierten Einwohnerschaft zu zeigen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Die Publikation ist im weiteren auch eine Information der Bevölkerung über das aktuelle Geschehen in der Stadt.

Aufgrund der Diskussion wird der Stadtrat in Zukunft auf die Publikation von Inseraten auf der Stadtseite verzichten.

Frage 2 und 2a

Das Inserat wurde nicht in Rechnung gestellt. Die Begründung ist den Ausführungen unter Frage 1 zu entnehmen. Ergänzend sei hier noch angemerkt, dass auf der Gemeindeseite des Stadtanzeigers keine Inserate „verkauft“ werden. Es ist sinnvoll, die Öffentlichkeit über das Geschehen in der Gemeinde gut zu informieren und die Gemeindeseiten möglichst aktuell und lebendig zu halten.

PROTOKOLL DES STADTRATES OPFIKON

SITZUNG VOM 7. September 1999

Frage 3 bis 5

Stadtrat und Verwaltung haben aus den vorstehend erwähnten Vorstössen und Beschlüssen Aufträge und Massnahmen abzuleiten. Jeder Ressortvorstand/jede Ressortvorsteherin benötigt für die vielfältigen Aufgaben einen gewissen Handlungsspielraum. Von einer zweckentfremdeten Vergabe von Steuergeldern kann im Zusammenhang mit einer Information der Bevölkerung nicht die Rede sein. Die Publikation des Inserates erfolgte in Absprache mit der Gesundheitsvorsteherin und dem Stadtpräsidenten. Sanktionen gegenüber Behörde- oder Verwaltungsmitgliedern stehen nicht zur Diskussion.

2. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Mitglieder der Gesundheitskommission
- Verwaltungsabteilungen
- Stadtkanzlei

RBUMS-KA-Perego

NAMENS DES STADTRATES

Der Präsident:

Der Schreiber:

J. Leuenberger

H.R. Bauer

VERSANDT:
9. SEPT. 1999